

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Braun in Freiberg.

38. Jahrgang.

№ 231.

Erscheint jeden Wochentag Abends 7/8 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. und einmonatlich 75 Pf.

Sonntag, den 4. Oktober.

Inserate werden bis Vormittag 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf.

1885.

Nachbestellungen

auf die Monate

Oktober, November, Dezember

werden zum Preise von 2 Mk. 25 Pfg. von allen kaiserlichen Postanstalten sowie von den bekannten Ausgabestellen und der unterzeichneten Expedition angenommen.

Expedition des Freiburger Anzeiger.

Die Woche.

„Der Klügere giebt nach!“ Diese weise Sentenz aus dem „lustigen Krieg“ scheint dem deutschen Reichskanzler vorgelebt zu haben, als er nach Mitteln suchte, einen Krieg mit Spanien zu vermeiden, der wegen der geringfügigkeit des Karolinen-Objekts wie in Folge der Ungleichheit der Verhältnisse für Deutschland kaum eine ernste Bedeutung haben konnte. Wenn trotzdem von deutscher Seite ein friedlicher Ausgleich des Karolinen-Konflikts so eifrig angestrebt wurde, geschah dies aus Rücksicht für die Erhaltung des jetzigen Regierungssystems in Spanien, das bei einer moralischen Niederlage ernstlich gefährdet war und vielleicht einem unter französischem Einfluß stehenden Freistaat hätte Platz machen müssen. Der Konflikt ist nun durch die beiderseitige Vereinbarung über die dem Papste übertragene Vermittlerrolle in ein ruhiges Fahrwasser getauert und wird voraussichtlich an dem Ziele eines friedlichen Ausgleichs anlangen. Leider scheint die günstige Wirkung, welche die versöhnliche Haltung Deutschlands auf das spanische Volk ausgeübt hat, durch das Verhalten der offiziellen Madrider Presse in Frage gestellt, die bereits den Sieg der Regierung feiert, behauptet, daß Deutschland den Ansprüchen Spaniens gegenüber den Rückzug angetreten hätte und es als selbstverständlich hinstellt, daß der Papst auf alle Fälle zu Gunsten Spaniens eintreten würde. Das steht aber noch keineswegs fest und hindert außerdem Deutschland nicht, an den Verzicht auf die Karolinen-Bestimmungen zum Schutze der deutschen Handels- und Verkehrsinteressen zu knüpfen, die den Spaniern den Besitz der Inselgruppe sehr verfallen werden. Anlässlich des weitern bulgarischen Konflikts ist das Orakel in Friedrichsruhe in letzter Zeit sehr häufig befragt worden. Dem Besuche des russischen Ministers v. Giers in Friedrichsruhe, welchen derselbe vor seinem Erscheinen in Kopenhagen bei dem Kaiser Alexander dem deutschen Reichskanzler abstattete, wurde um so größerer Bedeutung beigemessen, als bald darauf sich auch der österreichische Botschafter Graf Szecheny zu dem Fürsten Bismarck begab. Es liegt nahe, daß Rußland und Oesterreich-Ungarn vor dem Beginn der Botschafter-Konferenz in Konstantinopel sich über die Stellung Deutschlands zur Bulgaren-Frage Gewißheit schaffen wollten.

Am 1. d. M. ist im Deutschen Reiche das Unfallversicherungsgesetz in praktische Wirksamkeit getreten und reicht sich nun als zweiter Akt der großen sozialreformatorischen Gesetzgebung der schon am 1. Dezember v. J. durchgeführten Krankenversicherung an. Dem überwiegenden Theile aller in Staats- und Privatbetrieben beschäftigten Arbeiter ist künftig für alle durch Unfall ihnen zugefügten Schäden eine ausreichende Entschädigung, ihren Hinterbliebenen eine angemessene Versorgung gesichert, ohne daß sie wie früher nach dem Haftpflichtgesetz zur Erreichung dieser Vortheile erst den Prozeßweg beschreiten müssen. Nachdem diese humane Gesetzgebung durch das Zusammenwirken von Staat und Arbeitgeber erreicht ist, haben die Arbeiter wahrlich alle Ursache, durch Aufgeben ihres grundsätzlichen Mißtrauens zu einer Besserung ihres Verhältnisses zu den Arbeitgebern die Hand zu bieten und die sozialpolitischen Bestrebungen, welche die Regierung in Uebereinstimmung mit den gemäßigten Parteien verfolgt, zu unterstützen. Auf das Treiben der sozialdemokratischen Führer, von denen so viele Arbeiter bisher vergeblich eine faktische Förderung ihrer Interessen erwarteten, hat der in den letzten Tagen in Chemnitz verhandelte Prozeß gegen die deutschen Theilnehmer an dem Kopenhagener Sozialistenkongreß ein helles Licht geworfen. Die Staatsanwaltschaft betonte, daß es sich nicht um einen politischen Tendenzprozeß, sondern einfach um die nach ihrer Ansicht noch feststehende Thatsache handle, daß innerhalb der Sozialdemokratie eine Verbindung bestehe, auf welche die §§ 128 und 129 des Reichsstrafgesetzbuches Anwendung finden können. Dies Letztere ist von den Verteidigern in Abrede gestellt worden; das

Urtheil aber kann in Folge der Menge des zu bewältigenden Materials erst Mittwoch, den 7. Oktober, Nachmittags 4 Uhr verkündet werden.

Von der preussischen Regierung wurde die Wahlmännerwahl auf den 29. Oktober und die Abgeordnetenwahl auf den 5. November festgesetzt. Inzwischen rühren sich die Parteien in Preußen gewaltig und haben bereits das ultramontane Zentrum, die nationalliberale Partei und die freikonservative Fraktion Wahlausrufe veröffentlicht, deren mehr oder minder leidenschaftlicher Eifer von der allgemeinen Ueberzeugung zeugt, daß die Verhandlungen in dem nächsten preussischen Abgeordnetenhause sowohl die kirchenpolitischen Angelegenheiten, wie durch die erfolgte Ausschließung des Herzogs von Cumberland vom braunschweigischen Thron einen sehr erregten Verlauf nehmen werden. Angeblich bereitet der Herzog jetzt ein Exposé vor, welches dem braunschweigischen Landtage die pekuniären Nachtheile auseinandersetzen soll, die dem Lande drohen, wenn er von der Thronfolge definitiv ausgeschlossen würde.

Sowohl der österreichische Reichsrath wie das ungarische Parlament sind eröffnet worden, ohne daß die Volksvertreter irgend einen Aufschluß über die für das Land so wichtigen Vorgänge im Orient und die vollständige Bedeutung der denselben vorausgegangenen Kaiser-Begegnung in Kremsier irgend eine Auskunft erhalten hätten. Dem österreichischen Abgeordnetenhause ist das nicht weiter aufgefallen, da die auswärtige Politik bisher in Wien stets als ein den Delegationen vorbehaltenes Feld angesehen wurde. Dagegen sind im ungarischen Unterhause mehrere auf diesen Gegenstand bezügliche Interpellationen gestellt worden, die den Minister Tisza zu einer klaren Aeußerung veranlassen dürften. In Oesterreich interessiert man sich zunächst für die Wahlen des Präsidiums im Abgeordnetenhause. Man hat sich dahin geeinigt, zwei Konservative und einen Liberalen, letzteren für das Amt des zweiten Vizepräsidenten, zu wählen, wozu der frühere freisinnige Handelsminister von Chlumetzki ausersuchen wurde. Uebrigens werden sowohl das österreichische Herrenhaus, als auch das Abgeordnetenhause die Thronrede durch eine Adresse beantworten, über welche aber vorher noch lange Debatten in Aussicht stehen.

Trotzdem die Cholera-Epidemie in Palermo noch fortwüthet, hat der König von Italien auf seine Reise nach Sizilien verzichtet, weil die politischen Ereignisse seine Anwesenheit in Oberitalien beanspruchten und der Aberglauben der sizilianischen Bevölkerung sich bei dem traurigen Ereignis in einer höchst unsympathischen Weise kundgab. Der Monarch begnügte sich deshalb damit, seiner ersten Gabe von 40000 Francs eine zweite von 100000 Francs für die Armen von Palermo folgen zu lassen. Die von dem König dringend gewünschte Ernennung des Grafen Nobile zum Minister des Auswärtigen wird von den meisten italienischen Blättern bereits als sicher betrachtet und mit großer Genugthuung begrüßt.

In den Niederlanden wächst die sozialdemokratische Bewegung und ermüdet die Behörden durch fortwährende Straßendemonstrationen, die zwar zunächst nur der Erlangung des allgemeinen Stimmrechts gelten, aber doch den Boden für die Saat der Anarchie lockern. In anerkennenswerther Weise hat die niederländische Regierung England und Belgien den Abschluß eines Vertrages zur Verhinderung des Mädchenhandels vorgeschlagen. Die Vorschläge haben, wie nach den sensationellen Enthüllungen der „Ball-Mall-Gazette“ zu erwarten war, eine sehr günstige Aufnahme gefunden.

Am Vorabend der französischen Parlamentswahlen, bei denen diesmal das Listenskrutinium zum ersten Male zur Anwendung kommt, giebt das jetzt am Ruder befindliche Ministerium die bestimmte Absicht kund, das Kapitel der kolonialen Unternehmungen sobald als möglich zu schließen. England macht sich inzwischen die Unlust der Franzosen an kolonialen Unternehmungen zu Nutze, um durch energisches Vorgehen an Punkten, wo sich die Kolonialinteressen entgegenstehen, seinem französischen Konkurrenten die Lust an kolonialen Aktionen vollends zu benehmen. Derartige Eiferfüchteleien der Westmächte treten gerade jetzt mit größerer Heftigkeit als sonst auf. Abgesehen von den Intriguen, die sich in Birma und im westlichen Afrika spielen, kommen auch koloniale Interessen-Konflikte der Westmächte im Rothen Meere zum Vorschein, wo die französische Besetzung von Ambado den englischen Mißmuth

rege macht. Auch Madagaskar droht zu einer ständigen Quelle von Eiferfüchteleien zu werden, wenn die Franzosen sich zur Wiederaufnahme ihres dortigen Feldzuges gegen die Howas ernstlich anschicken sollten. Ob dies geschieht oder nicht, darüber wird erst die nächste französische Deputirtenkammer entscheiden.

Der frühere englische Premierminister Gladstone ist von seinem Halsleiden wieder soweit hergestellt, um seinen neuen Wahlfeldzug von Midlothian aus zu beginnen. Die Ausfichten sind inzwischen dadurch verschlechtert worden, daß die Radikalen Gladstone's Wahlmanifest verwerfen und selbst die früheren Kollegen des liberalen Premierministers, Chamberlain, Harcourt und Roseberry, eine vollständige Reform der Landgesetze auf das Wahlprogramm gesetzt haben wollen. Der unter dem neuen Tory-Kabinet wieder in vielen Theilen Irlands zur Herrschaft gelangte Terrorismus der Nationalliga veranlaßt die „Times“, energisch die Lämtrommel zu rühren. Das Blatt verlangt eine klare und energische Haltung des Kabinetts, das sich den Parnelliten gegenüber immer noch bloß von Wahlrückichten leiten lasse. Die Sache müßten die loyalen Unterthanen Englands in Irland bezahlen. Ein radikales Kabinet würde weniger schädlich sein, als die kraftlose Haltung des gegenwärtigen.

Wenn auch der Kaiser von Rußland sich weigerte, die in Kopenhagen eingetroffene bulgarische Deputation zu empfangen und drei Briefe des Fürsten Alexander unbeantwortet ließ, dürfte doch die vollzogene Thatsache schließlich auch von der russischen Regierung anerkannt werden. Dieselbe kann sich dem Willen Deutschlands und Oesterreichs nicht schroff entgegenstellen und wird sich hüten, die Verantwortung für das etwaige Scheitern der in Konstantinopel begonnenen Botschafter-Konferenz auf sich zu laden. Angeblich war in Ostrumelien ursprünglich von den Panславisten die Entfernung des Fürsten Alexander und die Vereinigung des größten Theils der Balkanstaaten unter Peter Karageorgievitch geplant. Der bulgarische Staatsmann Karaveloff überredete jedoch die Verschwörer, den geplanten Umsturz zu Gunsten Alexanders zu beschleunigen und bereitete dadurch zahlreichen russischen Panславisten eine namenlose Enttäuschung.

Die Balkanhalbinsel starrt jetzt in Waffen und in allen Theilen hallt es wieder von Kriegsrüstungen und nationalen Gelängen der zu ihren Fahnen eilenden Mannschaften. Die Lage ist eine hochernste, denn alle Staaten der Halbinsel, die Türkei, die beiden Bulgarien, Serbien, Griechenland und im Stillen auch das kleine Montenegro setzen ihre Heere vollständig oder zum Theil auf den Kriegsfuß. Alle Ermahnungen der Großmächte vermochten bisher nach dieser Richtung hin keine Wirkung zu üben. Besonders drohend erhebt sich die serbische Frage, welche in Zukunft auch Oesterreich in schwere Mitleidenschaft ziehen könnte. Auch Griechenland scheint ernstlich gewillt, mit den Waffen vorzugehen, falls Europa die bulgarische Union anerkennt. Die an den Grenzen verammelten Truppen werden demnächst die Stärke von 23000 Mann erreichen, ungerechnet der Reserven, welche mit Gilzigen nach Larissa und Arta befördert werden. Bei Wiederausammentritt der Kammer wird die Regierung die Mobilisirung der beiden anderen Klassen der Reserve beantragen. Admiral Canaris wird den Oberbefehl über die Flotte übernehmen.

Tageschau.

Freiberg, den 3. Oktober.

Der deutsche Reichskanzler gedenkt in Friedrichsruhe, wo er gestern auch den Besuch des rumänischen Ministers Bratiano empfing, bis Ende November zu bleiben. Zu dieser Zeit dürfte die neue Reichstagsession den Fürsten Bismarck veranlassen, nach Berlin zurückzukehren. In der nächsten Zeit begeben sich mehrere preussische Minister nach dem lauenburgischen Landstuhle des Reichskanzlers, um dessen Meinung über Angelegenheiten ihres Ressorts zu erfahren. Der von Friedrichsruhe nach Kopenhagen zum Zaren reisende rumänische Minister Bratiano betonte bereits in Berlin, daß Rumänien sich zwar bei der jetzigen Bulgarenfrage vorsichtig zurückhalten werde, eine Rückgängigmachung der Vereinigung Ostrumeliens mit Bulgarien aber für unthunlich und gefährlich halte, Serbien dagegen eine Kompensation aus dem national-serbischen Besitzstand Bulgariens von Herzen gönne. Von den deutschen Regierungskreisen stellt man ebenso wie von Wien aus die Behauptung eines angeblichen Gegensatzes zwischen Deutschland,